

**Stadt Bergisch Gladbach**  
**Der Bürgermeister**

Datum

**09.11.2023**

Ausschussbetreuender Fachbereich

**Jugend und Soziales**

Schriftführung

Miriam Tomechna

Telefon-Nr.

**02202-142865**

## **Niederschrift**

**Jugendhilfeausschuss**  
**13. Sitzung am Dienstag, 24.10.2023**

Sitzungsort

**Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

**17:00 Uhr - 18:30 Uhr**

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

### **Sitzungsteilnehmer**

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

## **Tagesordnung**

### **Ö Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5 Vorstellung der Aufgabenbereiche der Adoptionsvermittlungsstelle**
- 6 Änderung der Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen  
0207/2023**

- 7**     **Änderung der Berechnungsgrundlage der Kinderzahl U6 für die JHP  
Kindertagesbetreuung**  
*0511/2023*
  
- 8**     **Ergebnisse der Prüfaufträge aus dem Antrag "Zur Sicherstellung der  
Kindertagesbetreuung und zur Abdeckung des Kita Bedarfs" von SPD und Grüne**  
*0572/2023*
  
- 9**     **Umsetzung des Landeskinderschutzgesetzes und der Gelingensfaktoren im  
Kinderschutz**  
*0586/2023*
  
- 10**    **Erste Ergebnisse Elternbefragung 2023**  
*0618/2023*
  
- 11**    **Anträge der Fraktionen**
  
- 12**    **Anfragen der Ausschussmitglieder**  
*0448/2023*

# Protokollierung

## Ö Öffentlicher Teil

### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende, Frau Holz-Schöttler, eröffnet die 13. Sitzung des Jugendhilfeausschusses in der laufenden Wahlperiode und gibt die nicht anwesenden Ausschussmitglieder bekannt.

Entschuldigt fehlen Herr Münsterteicher und Herr Eberhardt (Träger-Vertreter), Herr Berthenrath (Schulen), Herr Köchling wird vertreten von Frau Goebel (AG Jugendhilfe), Frau Muth und Frau Brenner sowie Frau Skribbe wird vertreten von Herr Holst (Inklusionsbeirat).

Anschließend stellt Frau Holz-Schöttler die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Danach stellt Frau Holz-Schöttler den Antrag, die Tischvorlage 0618/2023 als TOP Ö10 in die Tagesordnung aufzunehmen. Der Jugendhilfeausschuss stimmt einstimmig dafür.

### 2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

### 3. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Frau Holz-Schöttler teilt mit, dass am vergangenen Sonntag eine Preisverleihung der Gellert-Stiftung stattgefunden habe mit dem Titel „Helfen macht glücklich“. Geehrt worden seien Frau Münzer, der Schnubbel e.V. und der MiKibU e.V. Bei Letzterem handelt es sich um eine Hausaufgabenhilfe und mehr an Schulen durch ehrenamtliche Helfer. Da viele Helfer aufgrund der Altersstruktur weggefallen seien, bittet Frau Holz-Schöttler darum, Flyer mitzunehmen und Werbung für das Projekt zu machen.

### 4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Frau Hellwig (Verwaltung) teilt mit, dass die Stadt Mittel aus dem Stärkungspakt des Landes NRW erhalten habe, welche für Unterstützungsmaßnahmen aufgrund gestiegener Energiekosten und Inflation bereit gestellt worden seien. Gemeinsam mit den anderen Kommunen des Rheinisch-Bergischen-Kreises sei beschlossen worden, mit einem Teil der Mittel Familien von den Elternbeiträgen zu befreien, und zwar in der Einkommensgruppe bis 60.000€ für 2 Monate sowie in der Einkommensgruppe bis 50.000€ für 3 Monate. Für genauere Informationen über den Stärkungspakt empfiehlt Frau Hellwig die entsprechende Vorlage im ASWDG im November.

Desweiteren möchte Frau Hellwig darauf hinweisen, dass die Kooperationsvereinbarung „MehrBlick“, die Fachberatungsstelle bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche im Rheinisch-Bergischen-Kreis, eine neue Homepage habe und empfiehlt, sich diese anzuschauen: <https://www.mehrblick-rheinberg.de/>

Frau Liebmann (Verwaltung) berichtet, dass die Verwaltung vor einiger Zeit in Schildgen ein Druckereigebäude gekauft habe, um die dortige OGS zu erweitern. Dabei wurde auch mit dem Träger - der evangelische Kirchengemeinde Schildgen - besprochen, ob dieser die OGS künftig

noch weiterführen möchte. Leider möchte der Träger aufgrund von Umstrukturierungsprozessen, die auch personelle und finanzielle Auswirkungen nach sich ziehen, die OGS ab dem Sommer 2024 nicht mehr weiterführen, sodass ein neuer Träger gefunden werden müsse. Frau Liebmann bedankt sich aber ausdrücklich für die gute langjährige Zusammenarbeit.

## **5. Vorstellung der Aufgabenbereiche der Adoptionsvermittlungsstelle**

Frau Berg, Frau Rastetter und Frau Hemmersbach von der Adoptionsvermittlungsstelle stellen ihren Bereich vor.

## **6. Änderung der Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen 0207/2023**

Frau Hellwig (Verwaltung) weist darauf hin, dass sich noch zwei kleine Fehler in der Präambel des Satzungsentwurfs eingeschlichen hätten: Zum einen sei das Datum falsch, zum anderen werde die Satzung nicht in der Zeitung, sondern im digitalen Amtsblatt veröffentlicht. Zur Beschlussfassung im Rat würde dies noch korrigiert werden.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

**Beschluss:** (einstimmig)

Die in der Sachdarstellung aufgeführten Änderungsvorschläge a) – d) werden in die neue Satzung aufgenommen. Die Satzung tritt rückwirkend zum 01.08.2023 in Form der XIV. Nachtragssatzung in Kraft.

## **7. Änderung der Berechnungsgrundlage der Kinderzahl U6 für die JHP Kindertagesbetreuung 0511/2023**

Herr Blunck (Vertreter der Träger) äußert, dass die Vorlage zur Risikobewertung enthielte, dass ein Überangebot an Kitaplätzen vermieden werden solle. Er möchte wissen, wann mit einem Überangebot gerechnet werde.

Frau Liebmann (Verwaltung) teilt mit, dass dies in den nächsten Monaten genauer berechnet werden müsse. Zum einen würde mit der aktuellen Vorlage eine neue Berechnungsgrundlage beschlossen, zum anderen würden in der nächsten Sitzung noch neue Zielquoten vereinbart werden. Desweiteren schwanke der rechnerische Bedarf an Kita-Plätzen. Die Berechnungen sind auf lange Sicht geplant und so müsse auch der Aspekt eines Überangebots berücksichtigt werden.

Herr Blunck äußert, in der Vorlage stünde außerdem, dass eine weitere Flächenversiegelung verhindert werden solle. Er finde die Formulierung nicht gelungen.

Frau Hellwig (Verwaltung) antwortet, dass die Flächenversiegelung in der Vorlage unter dem Aspekt der Klimarelevanz erwähnt werde. Dabei handele es sich nicht um eine grundsätzliche Aussage, dass keine Kitas mehr geschaffen werden sollten, um keine weiteren Flächen zu versiegeln. Sondern es beschreibe, dass die Vermeidung eines Überangebots auch eine weitere Versiegelung vermeiden würde.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

**Beschluss:** (einstimmig)

Die Verwaltung wird beauftragt, zukünftig die in der Vorlage vorgeschlagene neue Berechnungsgrundlage zur Ermittlung der Anzahl der Kinder unter 6 Jahren für die Jugendhilfeplanung im Bereich der Kindertagesbetreuung anzuwenden.

8. **Ergebnisse der Prüfaufträge aus dem Antrag "Zur Sicherstellung der Kindertagesbetreuung und zur Abdeckung des Kita Bedarfs" von SPD und Grüne**  
0572/2023

Herr Dr. Symanzik (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) äußert, dass die Verwaltung in Ihrer Stellungnahme zu dem Ergebnis gekommen sei, dass das Grundstück „Holunderweg 5“ grundsätzlich bebaubar wäre. Er möchte wissen, ob oder wann dieses Grundstück in die Kita-Planungen mit einbezogen werde.

Herr Migenda (Verwaltung) antwortet, dass die Verwaltung eine Vielzahl an Grundstücken geprüft habe, die aufgrund eigener Ermittlungen, aus der Politik oder aus der Bevölkerung an sie herangetragen worden seien. Daraufhin habe die Politik ein paar Grundstücke ausgewählt, auf denen nun Kitas gebaut würden. Die Verwaltung müsse nun den Prüfungsprozess erstmal abschließen, um sich auf die tatsächliche Umsetzung der Projekte fokussieren zu können. Nach Abschluss der Projekte werde dann die Bedarfsdeckung nochmal analysiert und ggf. weitere infrage kommenden Grundstücke, also auch der „Holunderweg 5“, intensiver geprüft.

9. **Umsetzung des Landeskinderschutzgesetzes und der Gelingensfaktoren im Kinderschutz**  
0586/2023

Herr Dr. Symanzik (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) äußert, in der Vorlage seien viele Strukturen beschrieben worden. Er möchte wissen, wie die Strukturen tatsächlich umgesetzt würden.

Herr Johr (Verwaltung) antwortet, dass man die Maßnahmen des Landeskinderschutzgesetzes grob in Qualitätsentwicklung und Netzwerkarbeit unterteilen könne. Für beide Tätigkeiten werde je eine Stelle zum 01.11.2023 besetzt. Im Rahmen der Netzwerkarbeit werde die neue Kollegin zunächst prüfen, welche Netzwerke in den umliegenden Kommunen bereits vorhanden seien. Zwar müsse jedes Jugendamt eine Stelle für die Netzwerkarbeit vorhalten, aber das hieße nicht, dass jedes einzelne Jugendamt ein eigenes Netzwerk aufbauen müsse. Dies sei eine Verschwendung von Ressourcen und auch eine doppelte Belastung der teilnehmenden Personen, denn an den Netzwerken sollen Vertreter anderer Jugendämter, der freien Träger, der Schulen, der Polizei, der Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie Ärzte teilnehmen.

Im Rahmen der Qualitätsentwicklung sollen einerseits die im Netzwerk beteiligten Personen im Kinderschutz ausgebildet werden. Dafür werde die neue Kollegin die Bedarfe feststellen und Fortbildungsangebote gestalten. Andererseits gehe es auch um die interne Entwicklung des Jugendamts, d.h. die vorhandenen Prozesse zu analysieren und zu optimieren. Vor allem bei der Partizipation von Kindern, Jugendlichen und deren Familien in Kinderschutzfällen gäbe es noch Verbesserungsbedarf. Auch die Erarbeitung von Schutzkonzepten für Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedarfen gehöre dazu.

Desweiteren habe es eine Kick-off Veranstaltung zur Umsetzung des Gesetzes auf Landesebene gegeben. Das Jugendamt Bergisch Gladbach werde sich als Pilotprojekt bewerben, bei dem eine laut Gesetz nun alle 5 Jahre vorgeschriebene Qualitätsprüfung durchgeführt werde, um festzustellen, wo das Jugendamt noch Verbesserungspotentiale habe.

Herr Holst (Inklusionsbeirat) möchte wissen, wie das Jugendamt die Partizipation von Kindern und Jugendlichen mit besonderen Bedarfen sicherstellen wolle, da diese eine besonders intensive Begleitung benötigten.

Herr Jahr antwortet, dass die Verwaltung diese Strukturen erst noch aufbauen müsse.

Herr Holst ergänzt, dass die Mitglieder des Inklusionsbeirats Fachwissen in diesem Bereich hätten und dabei gerne unterstützen könnten.

## **10. Erste Ergebnisse Elternbefragung 2023** *0618/2023*

Frau Hellwig (Verwaltung) erläutert, dass die Tischvorlage erste Ergebnisse enthalte, aber noch eine umfangreichere Vorlage in einer der nächsten Sitzungen erfolgen werde.

Herr Holst (Inklusionsbeirat) möchte wissen, ob die Umfrage in Zukunft auch in leichter Sprache und Fremdsprachen verfügbar gemacht werde. Damit könnte auch der Rücklauf gesteigert werden.

Frau Liebmann (Verwaltung) antwortet, dass die Verwaltung den Aspekt nicht vergessen habe, jedoch für die erste Erstellung der Umfrage mit LamaPoll, welches für die Verwaltung ein neues Tool sei und daher eine zeitintensivere Umsetzung bedeute, erstmal davon abgesehen habe. Außerdem seien die Befragten junge Familien, die in der Regel technisch versiert seien und mit Übersetzungsapps umgehen könnten. Die Verwaltung habe aber Kontakt zu Personen mit Fremdsprachkenntnissen und hätte, sofern sich jemand der Befragten an die Verwaltung gewendet hätte, helfen können. Bezüglich der leichten Sprache wurde diesmal darauf verzichtet, da die Fragen zum einen einfach formuliert gewesen seien, zum anderen Firmen zur Übersetzung eine sehr lange Bearbeitungszeit hätten. Im Übrigen sei der Rücklauf mit ca. 30% als hoch zu bewerten.

Frau Opiela (CDU) bittet die Verwaltung darum, in der nächsten Vorlage auch die gestellten Fragen einzufügen. Außerdem möchte sie wissen, inwiefern aus einem Rücklauf mit 30% Schlussfolgerungen gezogen werden könnten.

Frau Bhattacharjee (Integrationsrat) äußert, dass der Rücklauf hätte größer sein können, wenn die Umfrage auch in verschiedene Sprachen übersetzt worden sei.

Herr Migenda (Verwaltung) antwortet, dass 30% ein hoher Rücklauf sei und ein repräsentatives Ergebnis ausgewertet werden könne. Außerdem hätten Personen, die ein Schriftstück nicht verstehen, in der Regel die Möglichkeit und auch eine gewisse Pflicht, sich auf verschiedene Weise Hilfe bei der Übersetzung zu suchen oder auch beim Absender nachzufragen. Selbstverständlich werde die Verwaltung aber die Anmerkungen aufnehmen und für die nächste Umfrage in Betracht ziehen.

Desweiteren erläutert Herr Migenda, dass sich die weiteren Berechnungen nicht allein auf diese Umfrage stützen würden, sondern verschiedene Quellen zusammengeführt würden.

## **11. Anträge der Fraktionen**

Es liegen keine Anträge vor.

**12. Anfragen der Ausschussmitglieder**  
*0448/2023*

Herr Schäfer (Vertreter der Träger) berichtet, dass letzte Woche in Düsseldorf eine Demo unter dem Motto „NRW bleibt sozial“ stattgefunden habe, an der 20.000 Menschen, darunter auch ca. 450 Personen aus dem Rheinisch-Bergischen Kreis, teilgenommen hätten, um auf die schwierige Finanzierungslage der Träger aufmerksam zu machen.

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:28 Uhr.

---

gez. Holz-Schöttler  
(Vorsitzende)

---

gez. Tomechna  
(Schriftführung)

